

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 838846 ppbn d
Telefax: 21 0684

Inhalt

Hans Büchler MdB zur Verantwortung des Bundeskanzlers für die deutschlandpolitische Entwicklung: Einigungsprozeß außer Kontrolle.

Seite 1

Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB zur gefährlichen Ausweitung der Kuwait-Krise: Das Pulverfaß mit Diplomatie entschärfen.

Seite 2

Dr. Klaus Hahnzog zum neuen Polizeiaufgabengesetz in Bayern: Freiheitliche Grundordnung in Gefahr.

Seite 3

Horst Peter MdB und Holger Liebsch zur Vermeidung einer weiteren Verschlechterung der Pflegesituation: Verkürzten Zivildienst mit Qualifizierung einleiten.

Seite 4

45. Jahrgang / 151

9. August 1990

Einigungsprozeß außer Kontrolle

Zur Verantwortung des Bundeskanzlers für die deutschlandpolitische Entwicklung

**Von Hans Büchler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Innerdeutsche
Beziehungen des Bundestages**

Die jüngsten Vorgänge in der Volkskammer der DDR kann man nur noch als unwürdiges Schauspiel charakterisieren, für das niemand in der DDR oder in der Bundesrepublik noch Verständnis aufbringen kann. Es zeigt sich, daß der gesamte Einigungsprozeß, abgesehen von den äußeren Aspekten, außer Kontrolle gerät. Auslösender Faktor für die Unfähigkeit auf beiden Seiten das jetzt Notwendige zu tun, war zweifellos das wahltaktische Manöver des Bundeskanzlers im Zusammenhang mit dem Wahltermin. Beim Bundeskanzler liegt letztlich die Verantwortung für die Lage, die jetzt eingetreten ist.

Aus der Sackgasse, in die die deutsche Einigung geraten ist, hilft jetzt nur noch eines heraus: Die DDR muß schleunigst nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik beitreten, danach muß das Gesamtdeutsche Parlament gewählt werden.

Dies liegt auch in der Logik der Entwicklung seit dem Fall der Mauer im vergangenen Jahr. Schon damals war klar: eine Stabilisierung der Lage in der DDR und ein Stopp der massenhaften Übersiedlung war nur durch die Perspektive der schnellen Verwirklichung der Einheit möglich. Alle Diskussionen um Konföderation, Artikel 23 oder 146 GG wären von vornherein sinnlos. Egon Bahr hatte recht, als er im Herbst 1989 feststellte: "Wenn heute der Schießbefehl öffentlich aufgehoben wird, gibt's morgen in Ost-Berlin keine Leitern mehr; die sind ausverkauft." Damals unfair von den Regierungsparteien interpretiert, ist heute klar: Dies traf genau den Kern, wie sich spätestens jetzt erweist.

Wir stehen vor der Situation, daß selbst die düstersten Prophezeiungen eintreten: Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, Kollaps der Landwirtschaft, Chaos und Unfähigkeit in der Regierung, keine funktionierenden Kommunalverwaltungen, Sabotage verbliebener Kräfte aus der SED-Zeit, massenhafte Arbeitslosigkeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbindungslinie
mit unseren Redaktionen
Köln - Paris



Parlament und Regierung der DDR und Bundesregierung stehen dem hilflos gegenüber. Wertvolle Zeit wurde veran, der Ansehensverlust der Parteien in der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands ist immens. Niemand hat noch ein Verständnis für das Hick-Hack um Wahlverfahren und Wahltermine. Die Geduld der Bevölkerung ist über die Maßen strapaziert worden.

Oskar Lafontaine hat diesen Knoten mit seinem Vorschlag, daß die DDR jetzt schnellstmöglich dem Grundgesetz beitrete, durchschlagen. Dies ist der einzige Weg, um ein völliges Chaos noch zu verhindern. Die Wahlfrage und der Einigungsvertrag sind zweitrangig und im Grunde Makulatur. An der wirklichen Lage in der DDR ändert sich dadurch nichts.

Der Beitritt der DDR so schnell wie möglich und die anschließende Wahl zum Gesamtdeutschen Parlament ebnen den Weg für das, was jetzt nötig ist: Qualifizierungsmaßnahmen, Umschulungen, Verbesserungen der Infrastruktur und der Umweltsituation, Schaffung von Investitionsanreizen. Die Innovativen und engagierten Kräfte in der DDR müssen endlich freigesetzt werden, damit Investitionen und Existenzgründungen Platz greifen.

Die politisch maßgeblichen Kräfte hier und in der DDR sind jetzt gefordert, wahltaktische Überlegungen hintanzustellen und Ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Alles andere führt nur dazu, daß die Akzeptanz in der Bevölkerung für das große Werk der deutschen Einigung schwindet.

(-/9.8.1990/vo-he/rs)

Das Pulverfaß mit Diplomatie entschärfen

Zur gefährlichen Ausweitung der Kuwait-Krise

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB

SPD-Sprecher in der "Parlamentarischen Vereinigung für Euro-Arabische Zusammenarbeit"

Man kann sie förmlich aufatmen hören - die Wörmers, Chenays, Stoltenbergs und andere westliche Spitzenmilitärs. Von Gorbatschow schmählich um ihre Existenzberechtigung betrogen, sahen sie sich bis vor wenigen Tagen schon einer wenig verlockenden Zukunft als Ostblockmisere-Aufräumkommandos oder Umweltschutz-Ordnungstruppen entgegengehen. Dank Saddam Hussein ist die Welt nun wieder in Ordnung, es gibt wieder ein Feindbild!

Haben die Militärs nicht schon immer gesagt, daß sie unverzichtbar seien? Ihre Flexibilität ist grenzenlos. Viel schneller als die Politiker haben sie ihre zukünftige Rolle als Hüter der Interessen der entwickelten Welt vor der Habgier der Habenichtse erkannt. Da kommt so ein orientalischer Gemegroß, der die Frachtheit besitzt, die Översorgung der Industrieländer zu stören, doch gerade richtig.

Auch Stoltenberg würde am liebsten die deutsche Marine in Marsch setzen, um den Arabern am Golf zu zeigen, auf welche Rolle sie sich in der internationalen Arbeitsteilung zu bescheiden haben. Er jedenfalls bräuchte nicht wie der eher zögerliche Bush die aufmunternde Unterstützung der Eisernen Lady aus London.

Die Lage am Golf ist aber viel zu brisant, daß sie allein den Militärstrategen überlassen werden könnte. Was sich im Nahen Osten zur Zeit zusammenbraut, ist viel mehr als ein innerarabischer Kampf um die regionale Vormachtstellung. Die Kuwait-Krise kann Dimensionen erreichen, die das Verhältnis der westlichen Welt zu ihren wichtigsten Öllieferanten gründlich durcheinander bringt.

Zur Disposition steht schon lange nicht mehr nur die Existenz von Kuwait, bedroht sind vielmehr auch die anderen kleinen Öl-Länder am Golf wie Bahrain, Katar und die Emirate und wohl vor allem auch Saudi-Arabien.

Saddam Hussein ist viel zu klug, als daß er nicht wüßte, daß er mit seinem Hegemonialanspruch in der übrigen arabischen Welt bald allein da stehen würde.

Er braucht für sein kompromißloses Vorgehen eine viel umfassendere Rechtfertigung als sein eigenes Machtstreben.

Dazu baut er sich seit langem sehr geschickt als neue arabische Führungspersönlichkeiten von historischer Dimension auf. So hat er den Arabern ihr in vielen gegen Israel verlorenen Kriegen angeschlagenes Selbstbewußtsein wiederherstellt, indem er den jahrelangen Krieg gegen den anderen arabischen Erzfeind Persien gewann.

Mit dem neuerlichen Einsatz der Ölwanne versucht er nun, die arabische Machtstellung in der Welt kräftig aufzuwerten. Hinzu kommt, daß er geschickt Stimmung gegen die reichen arabischen Ölländer macht, die alle eher konservative Feudalstaaten sind.

(-/9.8.1990/vc-he/rs)

Freiheitliche Grundordnung in Gefahr

Zum neuen Polizeiaufgabengesetz in Bayern

Von Dr. Klaus Hahnzog

Bayerischer Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)

Der bayerische Innenminister mag im "Bayernkurier" noch so ausfällig gegen die juristisch wohlbegründete Ablehnung des CSU-Polizeiaufgabengesetzes durch die Bayern-SPD zu Felde ziehen und sich im ganz und gar unjuristischen Eifer zu der polemischen Behauptung versteigen, sie verweigere den Bürgern damit "ein Grundrecht auf innere Sicherheit". Gerade weil es der SPD um Sicherheit nicht minder geht als um die Bewahrung rechtsstaatlicher Prinzipien in Bayern, hat die jüngste Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) in Rohrdorf bei Rosenheim in einer einstimmig gebilligten Resolution "mit Nachdruck" die erneute Änderung des Polizeiaufgabengesetzes durch die CSU-Mehrheit im Landtag verworfen.

Die in der AsJ organisierten sozialdemokratischen Juristen sind der Überzeugung, daß das neue Polizeiaufgabengesetz nur vorgeblich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität dient. Tatsächlich wird auf breiter Ebene die Einführung geheimdienstlicher Mittel in den polizeilichen Alltag vorbereitet. Zu beanstanden ist juristisch insbesondere, daß in Bayern nachrichtendienstliche Maßnahmen schon im Vorfeld eines konkreten tatsächlichen Tatverdachts zum Einsatz kommen sollen.

Die geplanten Bestimmungen verletzen die in Artikel 2, Absatz 1, und in Artikel 10 und Artikel 13 des Grundgesetzes garantierten Abwehrrechte des Bürgers, das weitreichende Eingriffe in seine Privatsphäre ohne adäquaten, hinlänglich bestimmten und nachprüfaren Grund ermöglicht werden sollen. Sie stellen einen weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat dar.

Im einzelnen stoßen folgende Regelungen auf Ablehnung der SPD-Juristen:

- die Einführung des verdeckten Ermittlers, der mittels falscher Identität in kriminelle Kreise eingeschleust wird;
- die längerfristige Observation, Telefonüberwachung sowie Bild- und Tonaufzeichnungen auch gegenüber Personen, die selbst keiner Straftat verdächtigt sind;
- die Absicherung der umstrittenen Rasterfahndung und damit ein Festschreiben des polizeilichen Zugriffs auf Unverdächtige;
- weitgehende Befugnisse zur polizeilichen Erhebung, Speicherung und Ermittlung personenbezogener Daten.

Die genannten Ermittlungsmethoden sollen nicht, wie dies die Bezeichnung des Gesetzes nahelegt, der organisierten Schwerestrafkriminalität vorbehalten bleiben. Vielmehr wird ihr Einsatz faktisch in das Ermessen der Polizei gestellt. Damit ist das Prinzip des rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens und die Möglichkeit, gegen polizeiliche Eingriffe um Rechtsschutz nachzusuchen, weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Unverletzlichkeit der Wohnung, der Schutz des nicht öffentlich gesprochenen Wortes und das allgemeine Grundrecht des unbescholtenen Bürgers, von staatlichen Eingriffen verschont zu bleiben, werden mißachtet.

Das beschlossene Gesetz führt zu einer Gefährdung unseres freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens. Wenn der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel in der Hand der Polizei zum Normalfall wird, ist der Rechtsstaat faktisch aufgehoben. Alle freiheitlichen und demokratischen Kräfte sind damit aufgerufen, den geplanten Gesetzesvorhaben entgegenzutreten.

(-/9. August 1990/rs/tr)

Verkürzter Zivildienst mit Qualifizierung einleiten
Zur Vermeidung einer weiteren Verschlechterung der Pflegesituation

Von Horst Peter MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen (ASG) und

Holger Liebsch
Stellvertretender Vorsitzender des ASG-Bundesauschusses

Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) setzt sich nachdrücklich für eine Verkürzung der Zivildienstzeit auf 12 Monate ein.

Um die daraus entstehenden Nachteile für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren sozialen und pflegerischen Einrichtungen zu mildern, sind die bisherigen Einweisungslehrgänge durch fachlich ausgerichtete, auf die zukünftige Tätigkeit vorbereitende, dem Einsatzort entsprechende, kurze Qualifizierungsfachlehrgänge zu ersetzen. Diese können sich an den Inhalten der Schwesternhelferinnenausbildungen für den Katastrophenschutz orientieren.

Hierdurch kann die Einarbeitungsphase der Zivildienstleistenden erheblich verkürzt, und die Wirkung einer Dienstzeitverkürzung gemildert werden. Die Durchführung solcher Fachlehrgänge können durch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege mit finanzieller Unterstützung des Bundes erfolgen.

Zum Ausgleich für die entstehenden nicht unerheblichen Personalkosten zur Anstellung von Ersatzkräften in den pflegerischen Einrichtungen, welche durch die Verkürzung der Zivildienstzeit erforderlich werden, sollten entsprechende finanzielle Zuschüsse des Bundes und der Länder an die Einrichtungsträger erfolgen. Die Einführung eines Sozialen Pflichtjahres als Ersatz für fehlende Zivildienstleistende lehnt die ASG ab.

Die Finanzierung dieser Mehrkosten wird durch die Einsparungen im Haushalt des Bundesamtes für Zivildienst und im Verteidigungshaushalt gedeckt. Auf keinen Fall darf durch die Verkürzung der Dienstzeit der Zivildienstleistenden eine weitere Verschlechterung der Pflegesituation in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen erfolgen.

(-/9. August 1990/rs/tr)
